

## Niederschrift der Sitzung des Stadtrates am 07.11.2012

---

<b>Sitzungsort:</b>	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
<b>Beginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Ende:</b>	22:55 Uhr
<b>Anwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Abwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Stadtratesvorsitzende:</b>	Frau Pelke
<b>Schriftführer/in:</b>	

### Tagesordnung:

<b>I.</b>	<b>Öffentlicher Teil</b>	<b>Drucksachen- Nummer</b>
1.	Eröffnung durch den Oberbürgermeister	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 GeschO)	
3.1.	Wiederaufbau des Brunnens in der Nonnengasse	<b>1624/12</b>
3.2.	Gegen das Vergessen	<b>1625/12</b>
3.3.	Blindenleitlinien zum Tastmodell auf dem Fischmarkt	<b>1969/12</b>
3.4.	Multifunktionsarena	<b>2105/12</b>
4.	Aktuelle Stunde	

5.	Behandlung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)	
5.1.	Abfallbeseitigung Fragesteller: Herr Huck, Fraktion CDU	1977/12
5.2.	Verbraucherinformationsgesetz Fragesteller: Herr Pfistner, Fraktion CDU	2110/12
5.3.	City-Maut Fragesteller: Herr Pfistner, Fraktion CDU	2111/12
5.4.	Weihnachtsmarkt Fragesteller: Herr Huck, Fraktion CDU	2113/12
5.5.	Ortsteil Hochstedt Fragesteller: Herr Huck, Fraktion CDU	2114/12
5.6.	Planfeststellungsverfahren Fragesteller: Herr Hutt, Fraktion CDU	2123/12
5.7.	Interessenbekundungsverfahren Marbacher Gasse Fragesteller: Herr Kallenbach, Fraktion CDU	2124/12
5.8.	Interessengemeinschaft "Fürstendivision" Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU	2125/12
5.9.	Hochwasserschutz Möbisburg, Wiesenbach Fragesteller: Herr Hutt, Fraktion CDU	2126/12
5.10.	Fahrtenroute des Altstadtbusse Fragesteller: Herr Staufenbiel, Fraktion CDU	2128/12
5.11.	Öffentliche Toilette Brühler Garten Fragesteller: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	1872/12
5.12.	Glascontainer Fragesteller: Frau Hennig, Fraktion DIE LINKE.	1781/12
5.13.	Zustand der Erfurter Schulen Fragesteller: Frau Landherr, Fraktion DIE LINKE.	2020/12
5.14.	Energiewende Fragesteller: Herr Remus, Fraktion DIE LINKE.	2038/12

5.15.	Auswirkungen der Strompreiserhöhungen Fragestellerin: Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.	2052/12
5.16.	Handelsketten Fragesteller: Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE.	2068/12
5.17.	Energieeinsparverordnung (EnEV) Fragesteller: Herr Kanngießler, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	2132/12
5.18.	Espachbad Fragestellerin: Frau Prof. Dr. Aßmann, Fraktion Freie Wähler	2022/12
5.19.	Toilettenkonzeption Fragestellerin: Frau Prof. Dr. Aßmann, Fraktion Freie Wähler	2084/12
5.20.	Betreiberkonzept/ Leitbild Petersberg Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler	2119/12
5.21.	Musikschule der Stadt Erfurt Fragestellerin: Frau Prof. Dr. Aßmann, Fraktion Freie Wähler	2090/12
5.22.	Preis der Lutherstädte "Das Unerschrockene Wort" Fragestellerin: Frau Schuster, Fraktion FDP	2131/12
5.23.	Bericht zum Arbeitsstand der AG "Graffitikonzept für Erfurt" Fragestellerin: Frau Schuster, Fraktion FDP	2130/12
5.24.	Religiöse Besonderheiten in Kitas und Schulen Fragesteller: Herr Schwerdt, fraktionslos	1972/12
5.25.	Aufstellung weiterer Windkraftanlagen im Bereich Kerspleben / Schwerborn Fragesteller: Herr Gunkel, Ortsteilbürgermeister Kerspleben	2081/12
5.26.	Ausgleichsmaßnahme GVZ Fragesteller: Herr Wenzel, Ortsteilbürgermeister Azmannsdorf	2106/12

5.27.	Gewerbegebiet Sulzer Siedlung Fragesteller: Herr Stampf, Ortsteilbürgermeister Sulzer Siedlung	2117/12
6.	Große Anfrage nach § 9 Abs. 5 GeschO	
6.1.	Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zur Obdachlosigkeit in der Landeshauptstadt Einr.: Fraktion DIE LINKE.	1761/12
7.	Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen	
8.	Entscheidungsvorlagen	
8.1.	Finanzierung Fahrradständer Einr.: Fraktion CDU	0974/12
8.2.	Beschleunigung der Ausschreibungsverfahren Einr.: Fraktion CDU	0975/12
8.2.1.	Änderungsantrag der Fraktion CDU zur DS 0975/12 - Beschleunigung der Ausschreibungsverfahren	1210/12
8.3.	Feststellung des Jahresabschlusses 2011 des Eigenbetriebes Thüringer Zoopark Erfurt Einr.: Oberbürgermeister	1037/12
8.4.	Erweiterung des Schulstandortes Waldorfschule Einr.: Fraktion CDU	1075/12
8.4.1.	Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Bischleben - Stedten zur DS 1075/12 - Erweiterung des Schulstandortes Waldorfschule	1370/12
8.4.2.	Änderungsantrag der Fraktion CDU zur DS 1075/12 - Erweiterung des Schulstandortes Waldorfschule	1712/12
8.4.2.1.	Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Bischleben - Stedten zur DS 1712/12 - Änderungsantrag der Fraktion CDU zur DS 1075/12 - Erweiterung des Schulstandortes Waldorfschule	1730/12
8.5.	Moderne barrierefreie Informations- und Kommunikationsplattform in Erfurt Einr.: Fraktion DIE LINKE.	1137/12

8.5.1.	Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Drucksache 1137/12 - Moderne barrierefreie Informations- und Kommunikationsplattform in Erfurt	<b>2186/12</b>
8.5.2.	Nachfragen aus der Sitzung SAG vom 10.10.2012 - Moderne barrierefreie Informations- und Kommunikationsplattform in Erfurt DS 1137/12	<b>2034/12</b>
8.6.	Solardachkataster der Stadt Erfurt Einr.: Fraktion FDP	<b>1196/12</b>
8.6.1.	Änderungsantrag der Fraktion SPD zur DS 1196/12 - Solardachkataster der Stadt Erfurt	<b>1310/12</b>
8.6.2.	Änderungsantrag der Fraktion FDP zur Drucksache 1196/12 - Solardachkataster der Stadt Erfurt	<b>2187/12</b>
8.7.	Umsetzungskonzept für Sanierungsziele im Quartier Arche Einr.: Fraktion SPD und Fraktion CDU	<b>1211/12</b>
8.8.	Entscheidung zum Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens; Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan ANV642 "Pflegeheim - Magdeburger Allee 59" Einr.: Oberbürgermeister	<b>1321/12</b>
8.9.	Stellplatzbeschränkungssatzung "Petersberg"- Satzungsbeschluss Einr.: Oberbürgermeister	<b>1421/12</b>
8.10.	Angermuseum Erfurt - Schenkungsangebot Ikonen - Sammlung Pohlen Einr.: Oberbürgermeister	<b>1513/12</b>
8.11.	Teilnahme am Programm European Energy Award Einr.: Oberbürgermeister	<b>1523/12</b>
8.12.	3. Nachtragshaushaltssatzung 2012 und 3. Nachtragshaushaltsplan 2012 Einr.: Oberbürgermeister	<b>1700/12</b>

8.12.1.	Änderungsantrag der Ortsteilbürgermeisterin von Egstedt zur 3. Nachtragshaushaltssatzung 2012 und 3. Nachtragshaushaltsplan 2012	<b>2029/12</b>
8.12.2.	Nachfragen zur Drucksache 1700/12 - 3. Nachtragshaushaltssatzung 2012 und 3. Nachtragshaushaltsplan 2012	<b>2012/12</b>
8.13.	Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung von Grundstücken Einr.: Oberbürgermeister	<b>1706/12</b>
8.14.	Neubesetzung eines Vertreters im Aufsichtsrat der TUS Thüringer Umweltservice GmbH Einr.: Fraktion CDU	<b>1718/12</b>
8.15.	Neubesetzung eines Vertreters für den Aufsichtsrat der SWE Stadtwirtschaft GmbH Einr.: Fraktion CDU	<b>1719/12</b>
8.16.	Verwaltungsgebühren für Ortsteilveranstaltungen reduzieren Einr.: Fraktion DIE LINKE.	<b>1775/12</b>
8.16.1.	Ergänzungsantrag der Fraktion Freie Wähler zur DS 1775/12 - Verwaltungsgebühren für Ortsteilveranstaltungen reduzieren	<b>1866/12</b>
8.16.2.	Ergänzungsantrag der Fraktion SPD zur DS 1775/12 - Verwaltungsgebühren für Ortsteilveranstaltungen reduzieren	<b>1976/12</b>
8.17.	Kreuzungsvereinbarung zwischen der DB Netz AG und der Landeshauptstadt Erfurt, Eisenbahnüberführung Geschwister-Scholl-Straße (TVA-Objekt-Nr. 66-1232) Einr.: Oberbürgermeister	<b>1778/12</b>
8.18.	Kreuzungsvereinbarung zwischen der DB Netz AG und der Landeshauptstadt Erfurt, Eisenbahnüberführung Heckerstieg (TVA-Objekt-Nr. 66-1187) Einr.: Oberbürgermeister	<b>1779/12</b>

8.19.	Mandatswechsel sachkundige Bürgerin im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben Einr.: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<b>1869/12</b>
8.20.	Verstärkter (Wieder-)Aufbau von selbstkochenden Einrichtungen zur Bereitstellung von Mittagessen für Schul- und Kindergartenkinder - Prüfauftrag Einr.: Fraktion DIE LINKE.	<b>2039/12</b>
8.20.1.	Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Drucksache 2039/12 - Verstärkter (Wieder-)Aufbau von selbstkochenden Einrichtungen zur Bereitstellung von Mittagessen für Schul- und Kindergartenkinder - Prüfauftrag	<b>2188/12</b>
8.20.2.	Ergänzungsantrag der Fraktion SPD zur DS 2039/12 - Verstärkter (Wieder-)Aufbau von selbstkochenden Einrichtungen zur Bereitstellung von Mittagessen für Schul- und Kindergartenkinder - Prüfauftrag	<b>2189/12</b>
8.21.	Mandatswechsel einer sachkundigen Bürgerin im Ausschuss Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung Einr.: Fraktion CDU	<b>2104/12</b>
9.	Informationen	

**1.           Eröffnung durch den Oberbürgermeister**

Der Oberbürgermeister eröffnete die 38. öffentliche Stadtratssitzung der Wahlperiode 2009 - 2014 und begrüßte alle Stadratsmitglieder, Ortsteilbürgermeister, Pressevertreter sowie Gäste.

Er übergab sodann die Sitzungsleitung an die Stadtratsvorsitzende Frau Pelke.

Frau Pelke gab bekannt, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 03.05.2011 beschlossen hat, dass die Aufzeichnung der Stadtratssitzungen im Internet als Live-Stream und eine Speicherung der Daten bis zur nächst folgenden Stadtratssitzung durch die Zeitungsgruppe Thüringen bzw. des durch sie beauftragten technischen Dienstleisters, unter den folgenden Bedingungen erfolgt:

- Die Kameraposition und die technischen Rahmenbedingungen werden vor der jeweiligen Stadtratssitzung durch den Bereich Oberbürgermeister, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, festgelegt. Es darf nur der jeweilige Redner am Rednerpult und das Präsidium hinter dem Rednerpult aufgezeichnet werden.
- Eine Aufnahme der Zuschauer-Empore und des Stadtratssitzungssaales ist nicht zulässig.
- Durch die Verwaltung wird der ZGT vor Beginn der Stadtratssitzung mitgeteilt, welche Personen einer Übertragung widersprochen haben. In der Sitzung können durch die Stadtratsvorsitzende weitere Personen benannt werden. Diese Personen dürfen nicht gefilmt werden.
- Im Übrigen ist die ZGT für die rechtmäßige Live-Übertragung der Stadtratssitzung verantwortlich.

Personen, die nicht aufgezeichnet werden wollen, können dies jederzeit der Stadtratsvorsitzenden bekannt geben.

Sie fragte daraufhin, ob auf Grund dieser Mitteilung ein Stadratsmitglied der Aufzeichnung, soweit der Redebeitrag von Rednerpult aus erfolgt, widerspricht.

Widerspruch gegen die Aufzeichnung erhob sich nicht.

Darüber hinaus teilte sie mit, dass der Hauptausschuss in der Sitzung am 24.11.2009 und am 28.02.2012 die Zustimmung erteilt hat, dass die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN bzw. die Fraktion Freie Wähler für die laufende Wahlperiode die Redebeiträge ihrer Mitglieder am Rednerpult im öffentlichen Teil von Stadtratssitzungen in Bild und Ton mit-schneiden dürfen.

Im Anschluss wurde die form- und fristgemäße Einladung nach § 35 (2) ThürKO sowie die Anwesenheit - zu diesem Zeitpunkt waren 33 Mitglieder des Stadtrates anwesend - und die Beschlussfähigkeit nach § 36 (1) ThürKO festgestellt.

Danach wurde dem Stadtratsmitglied, das seit der letzten Sitzung Geburtstag hatte, nachträglich gratuliert.

Letztlich verwies sie auf die Pause, welche in der Zeit von 18.30 Uhr bis 19.00 Uhr stattfinden soll.

## **2. Änderungen zur Tagesordnung**

Folgende Änderungen zur Tagesordnung lagen vor:

a) verwiesen wird:

Auf Antrag der einreichenden Fraktion DIE LINKE. wird der TOP 6.1 (Drucksache 1761/12) - Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zur Obdachlosigkeit in der Landeshauptstadt in die Beratung der Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile verwiesen

b) Es wurde signalisiert, dass zu den Tagesordnungspunkten:

8.17 Drucksache 1778/12

Kreuzungsvereinbarung zwischen der DB Netz AG und der Landeshauptstadt Erfurt, Eisenbahnüberführung Geschwister-Scholl-Straße (TVA-Objekt-Nr. 66-1232)

Einr.: Oberbürgermeister

8.18 Drucksache 1779/12

Kreuzungsvereinbarung zwischen der DB Netz AG und der Landeshauptstadt Erfurt, Eisenbahnüberführung Heckerstiege (TVA-Objekt-Nr. 66-1187)

Einr.: Oberbürgermeister

kein Redebedarf besteht.

Weitere Anträge wurden nicht gestellt.

Gegen die genannten Änderungen zur Tagesordnung erhob sich kein Widerspruch.

## **3. Einwohnerfragestunde (Anfragen nach § 10 Gescho)**

Nachstehende Einwohneranfragen lagen vor.

### **3.1. Wiederaufbau des Brunnens in der Nonnengasse**

1624/12

Der Fragesteller bedankte sich für die Antwort und hatte keine Nachfragen.

**zur Kenntnis genommen**

### **3.2. Gegen das Vergessen**

1625/12

Der Fragesteller bedankte sich für die Antwort und hatte folgende Nachfrage:

"Halten Sie es für sinnvoll, wenn wir heute 67 Jahre nach dem Ende der NS-Herrschaft noch ein Mal über die Medien einen Aufruf erlassen in dem wir aufgeschlüsselt nach Opfergruppen und nach Einzelschicksalen fragen?"

Der Oberbürgermeister antwortete, dass er dies für sinnvoll halte. Zunächst müsse man überlegen wie dies technisch umgesetzt werden kann, da die eingehenden Informationen zunächst verarbeitet werden müssen. Dazu schlug er vor, sich mit dem Fragesteller zusammenzusetzen, um dies klären zu können.

Damit war der Fragesteller einverstanden.

**zur Kenntnis genommen**

### **3.3. Blindenleitlinien zum Tastmodell auf dem Fischmarkt**

1969/12

Der Fragesteller fragte nach, wer nach seiner Einwohneranfrage vom 27.09.2012 bis zum Antwortschreiben vom 26.10.2012 mit wem vom Blinden- und Sehbehindertenverband über seinen Vorschlag gesprochen hat und zu welchem Ergebnis die Gesprächspartner dabei gekommen sind.

Herr Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, antwortete darauf, dass alle Planungen, die gemacht wurden, mit den Interessenvertretern der Behinderten besprochen, abgestimmt und abgenickt wurden. Insofern wurde keine Veranlassung gesehen die Planungen nochmals zu ändern.

Dies nahm der Fragesteller zur Kenntnis. Weiterhin fragte er nach, ob ein Handlungsspielraum gesehen wird, wie seine Vorstellung im Interesse mobilitätseingeschränkter Bürger doch noch verwirklicht werden kann.

Der Oberbürgermeister, Herr Bausewein, wies darauf hin, dass das Verfahren schon so gut wie abgeschlossen ist und das Ergebnis nun nach langwierigen Diskussionen bereits eine Kompromisslösung sei. Daher sieht er kaum Möglichkeiten in diesem Verfahren noch etwas nachzubessern.

Daraufhin beantragte Herr Metz, Fraktion SPD, die Verweisung der Anfrage in den Bau- und Verkehrsausschuss um insgesamt die Thematik wie Blindenleitlinien in Straßenbaumaßnahmen eingeordnet werden können, nochmals besprechen zu können.

Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, unterstützte den Vorschlag seines Vorredners.

Ergänzend fügte Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., hinzu, dass der Behindertenbeirat mit in die Beratung einbezogen werden solle.

Dies sollte dann im Bau- und Verkehrsausschuss geklärt werden.

Auf Nachfrage der Stadtratsvorsitzenden gab es keinen Widerspruch zum Antrag der Verweisung der Anfrage in den Bau- und Verkehrsausschuss.

### **Anfrage verwiesen in Ausschuss**

#### **3.4. Multifunktionsarena 2105/12**

Die Anfrage wurde durch den Einreicher zurückgezogen.

**zurückgezogen**

#### **4. Aktuelle Stunde**

Es lag kein Antrag vor.

#### **5. Behandlung von Anfragen (§ 9 Abs. 2 GeschO)**

##### **5.1. Abfallbeseitigung 1977/12** Fragesteller: Herr Huck, Fraktion CDU

Der Fragesteller hatte keine Nachfragen.

**zur Kenntnis genommen**

##### **5.2. Verbraucherinformationsgesetz 2110/12** Fragesteller: Herr Pfistner, Fraktion CDU

Der Fragesteller fragte nach, inwieweit die Internetadresse für diese Veröffentlichung - in der laut Verbraucherinformationsgesetz Verstöße eingetragen werden sollen - bekannt gegeben wird, damit die Bürger diese finden.

Daraufhin schlug der Oberbürgermeister vor, die Internetadresse im Amtsblatt oder mit einer Pressemitteilung zu verkünden.

Nach weiterer Überlegung hielt er es für besser die Internetadresse erst zu verkünden, wenn dies auch notwendig sei, d. h. wenn dort etwas eingetragen wurde. Somit galt seine Aussage "erst zu warten bis was kommt, in der Hoffnung das nichts kommt" für die weitere Vorgehensweise.

**zur Kenntnis genommen**

**5.3. City-Maut 2111/12**  
**Fragesteller: Herr Pfistner, Fraktion CDU**

Der Fragesteller bedankte sich für die umfangreiche Antwort und hoffte dass die City-Maut in Erfurt nicht eingeführt werde.

Hierzu äußerte der Oberbürgermeister, dass der Aufwand und Nutzen für eine Stadt in der Größenordnung wie Erfurt in keinerlei Verhältnis zueinander stehen würde. Daher hielt er es "für eine eher theoretische Angelegenheit, dass es jemals in Erfurt eine City-Maut geben wird."

**zur Kenntnis genommen**

**5.4. Weihnachtsmarkt 2113/12**  
**Fragesteller: Herr Huck, Fraktion CDU**

Der Fragesteller bedankte sich für die Antwort und hatte keine Nachfragen.

**zur Kenntnis genommen**

**5.5. Ortsteil Hochstedt 2114/12**  
**Fragesteller: Herr Huck, Fraktion CDU**

Der Fragesteller hatte keine Nachfragen.

**zur Kenntnis genommen**

**5.6. Planfeststellungsverfahren 2123/12**  
**Fragesteller: Herr Hutt, Fraktion CDU**

Der Fragesteller äußerte hierzu die Frage so zu verstehen, dass das Anliegen seitens der Verwaltung grundsätzlich unterstützt und geprüft wird.

Der Oberbürgermeister bestätigte dies und stimmte dem Fragesteller zu.

**zur Kenntnis genommen**

**5.7.            Interessenbekundungsverfahren Marbacher Gasse            2124/12**  
**Fragesteller: Herr Kallenbach, Fraktion CDU**

Der Fragesteller hatte keine Nachfragen.

**zur Kenntnis genommen**

**5.8.            Interessengemeinschaft "Fürstendivision"            2125/12**  
**Fragesteller: Herr Panse, Fraktion CDU**

Der Fragesteller bedankte sich für die umfangreiche Würdigung zu diesem Thema. Zudem bat er darum, dass die Briefe, die eingereicht werden zumindest mit einem Eingangsvermerk bestätigt werden.

Daraufhin erklärte Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, dass es gängige Praxis sei, dass unmittelbar mit dem Eingang auch die Antwort versendet wird. Zudem verwies sie auf den Schriftverkehr, welcher zwischen dem Verein und der Stadtverwaltung statt gefunden hat.

Diesem widersprach der Fragesteller, da es zu diesem von ihm genannten Brief keine Antwort seitens der Stadtverwaltung erfolgte.

Der Oberbürgermeister sicherte zu, dahingehend die Vorgehensweise in Zukunft zu überdenken.

**zur Kenntnis genommen**

**5.9.            Hochwasserschutz Möbisburg, Wiesenbach            2126/12**  
**Fragesteller: Herr Hutt, Fraktion CDU**

Der Fragesteller hatte keine Nachfragen.

**zur Kenntnis genommen**

**5.10.          Fahrtenroute des Altstadtbusse            2128/12**  
**Fragesteller: Herr Staufenbiel, Fraktion CDU**



**5.16. Handelsketten 2068/12**  
**Fragesteller: Herr Plhak, Fraktion DIE LINKE.**

Im Namen des Fragestellers bedankte sich Herr Dr. Duddek für die Antwort und hatte keine Nachfragen.

**zur Kenntnis genommen**

**5.17. Energieeinsparverordnung (EnEV) 2132/12**  
**Fragesteller: Herr Kanngießer, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Der Fragesteller hatte keine Nachfragen.

**zur Kenntnis genommen**

**5.18. Espachbad 2022/12**  
**Fragestellerin: Frau Prof. Dr. Aßmann, Fraktion Freie Wähler**

Die Fragestellerin bedankte sich für die Antwort. Zudem hofft sie, dass in absehbarer Zeit ein Investor gefunden wird, der das Grundstück mit dem Haus kauft.

Der Oberbürgermeister stimmte dieser Aussage zu. Daraufhin erläuterte er kurz die derzeitige Situation bezüglich der angedachten Lösung des Verkaufes und machte deutlich, dass diese nicht einfach ist. Dennoch hoffte auch er, dass es zeitnah zu einer Entwicklung kommt.

**zur Kenntnis genommen**

**5.19. Toilettenkonzeption 2084/12**  
**Fragestellerin: Frau Prof. Dr. Aßmann, Fraktion Freie Wähler**

Die Fragestellerin hatte folgende Nachfragen:

Sind schon ernsthafte Gespräche mit Gaststätten im Hinblick auf das Vorhaben "Nette Toilette" geführt worden. Wenn ja, mit wem wurden diese Gespräche geführt und mit welchem Ergebnis.	Drucksache 2244/12
--	-----------------------

Der Oberbürgermeister sicherte hierzu eine schriftliche Beantwortung zu.

zur Kenntnis genommen

**5.20. Betreiberkonzept/ Leitbild Petersberg**  
**Fragesteller: Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler**

**2119/12**

Der Fragesteller bedankte sich für die Antwort und fragte nach, ob die Möglichkeit bestehe, den Zwischenstand zum Betreiberkonzept Petersberg, welcher laut der Antwort vorliegen müsste, zur Einsicht zu erhalten.	Drucksache 2246/12
Der Oberbürgermeister sicherte dies zu.	

zur Kenntnis genommen

**5.21. Musikschule der Stadt Erfurt**  
**Fragestellerin: Frau Prof. Dr. Aßmann, Fraktion Freie Wähler**

**2090/12**

Die Fragestellerin fragte nach, ob nicht mehr öffentliche Räume für den Unterricht mit Musikinstrumenten genutzt werden können. Weiterhin fragte sie, ob überhaupt schon ein Mal Gespräche mit freien Musikpädagogen geführt worden sind.

Der Oberbürgermeister erläuterte dazu, dass in der Theorie vieles möglich ist, aber in der Praxis die finanziellen Möglichkeiten derzeit nicht vorhanden sind. Daher ist der Zustand momentan nicht veränderbar.

Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, wies darauf hin, dass die Wartelisten entstanden sind, da der Bedarf vorhanden ist und die entsprechende Qualität in der Musikschule gegeben ist. Zudem sind bereits Honorarkräfte ein großes Standbein der Musikschule und dessen Gebührensatzung, aus welcher sich ergibt, wie viel Geld für Honorarkräfte vorhanden ist, wurde selbst vom Stadtrat beschlossen. Weiterhin erläuterte sie, dass bereits jetzt nicht nur die Räume der Musikschule genutzt werden, sondern weitere zusätzlich.

Im Anschluss daran wies der Oberbürgermeister darauf hin, dass die Musikschule trotz der Gebührensatzung bei weitem nicht kostendeckend arbeitet. Es ist ein Zuschussgeschäft und dies muss es auch sein bzw. wird sich nicht ändern, denn wären die Preise in dem Bereich, in dem sie kostendeckend wären, würde fast kein Schüler mehr den Unterricht der Musikschule besuchen und dies ist in keiner Weise gewollt.

Daraufhin beantragte die Fragestellerin den Verweis der Anfrage in die Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport am 16.01.2013.

**Anfrage verwiesen in Ausschuss**

**5.22. Preis der Lutherstädte "Das Unerschrockene Wort" 2131/12**  
**Fragestellerin: Frau Schuster, Fraktion FDP**

Die Fragestellerin zeigte sich unzufrieden mit der Antwort und äußerte sich dahingehend, dass man sich in diesem Bereich eventuell an anderen Städten etwas anschauen könnte.

Der Oberbürgermeister wies darauf hin, dass jedes Stadtratsmitglied und jeder Bürger die Möglichkeit gehabt hätte einen eigenen Vorschlag zu bringen.

**zur Kenntnis genommen**

**5.23. Bericht zum Arbeitsstand der AG "Graffitikonzept für 2130/12**  
**Erfurt"**  
**Fragestellerin: Frau Schuster, Fraktion FDP**

Die Fragestellerin beantragte den Verweis der Anfrage in den Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile.

**Anfrage verwiesen in Ausschuss**

**5.24. Religiöse Besonderheiten in Kitas und Schulen 1972/12**  
**Fragesteller: Herr Schwerdt, fraktionslos**

Der Fragesteller hatte keine Nachfragen.

**zur Kenntnis genommen**

**5.25. Aufstellung weiterer Windkraftanlagen im Bereich 2081/12**  
**Kerspleben / Schwerborn**  
**Fragesteller: Herr Gunkel, Ortsteilbürgermeister Kersple-**  
**ben**

Im Auftrag des Fragestellers beantragte Herr Lünser, stellvertretender Amtsleiter des Amtes für Ortsteile, die Nachreichung der Drucksache 1131/12.

Der Oberbürgermeister sicherte dies zu.

Hinweis:

Die Drucksache 1131/12 wurde dem Fragesteller am Tag nach der Stadtratsitzung, dem 08.11.2012, durch den Sitzungsdienst nachgereicht.

**zur Kenntnis genommen**

- 5.26.      **Ausgleichsmaßnahme GVZ**      2106/12  
Fragesteller: Herr Wenzel, Ortsteilbürgermeister Az-  
mannsdorf

Der Fragesteller war nicht anwesend.

**zur Kenntnis genommen**

- 5.27.      **Gewerbegebiet Sulzer Siedlung**      2117/12  
Fragesteller: Herr Stampf, Ortsteilbürgermeister Sulzer  
Siedlung

Der Fragesteller stellte folgende Nachfragen:  Wie ist der heutige Stand, sind die Flächen mittlerweile be- räumt? Wird für den Zeitraum der Nutzung ein Nutzungsentgelt von die- sem Nutzer verlangt?	Drucksache 2247/12
---	-----------------------

Der Oberbürgermeister sicherte hierzu eine schriftliche Beantwortung zu.

**zur Kenntnis genommen**

6.      **Große Anfrage nach § 9 Abs. 5 GeschO**

- 6.1.      **Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. zur Obdachlosig-      1761/12**  
keit in der Landeshauptstadt  
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

**Anfrage verwiesen in Ausschuss**

7.      **Behandlung von dringlichen Entscheidungsvorlagen**

Es liegen keine vor.

## **8. Entscheidungsvorlagen**

### **8.1. Finanzierung Fahrradständer Einr.: Fraktion CDU**

**0974/12**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vorliegt.

Der Stadtrat hat die Drucksache in der Sitzung am 26.09.2012 vertagt.

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 19.09.2012 zog Herr Huck, Fraktion CDU, den Beschlusspunkt 02 der Drucksache auf der Grundlage der Stellungnahme der Verwaltung zurück. Somit erfolgte das Votum zu den Beschlusspunkten 01 und 03. Diese wurden mit Ja 2 Nein 5 Enthaltung 3 Befangen 0 abgelehnt.

Der Bau- und Verkehrsausschuss hat die Drucksache in der Sitzung am 11.10.2012 zurückgezogen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Drucksache in seiner Sitzung am 16.10.2012 vertagt.

Herr Huck, Fraktion CDU, erläuterte die Intension des Antrages und bat um Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache in Fassung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben abstimmen.

**abgelehnt Ja 13 Nein 21 Enthaltung 2 Befangen 0**

### **8.2. Beschleunigung der Ausschreibungsverfahren Einr.: Fraktion CDU**

**0975/12**

Es wurde bekannt gegeben, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vorliegt.

Der Stadtrat hat die Drucksache in seiner Sitzung am 26.09.2012 vertagt.

Es liegt ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 1210/12 vor.

Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

Dieser wurde im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 29.08.2012 abgelehnt (Ja 4 Nein 5 Enthaltung 2).

Herr Huck, Fraktion CDU, erläuterte die Intension des Antrages und bat im Namen seiner Fraktion um Zustimmung.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Daraufhin rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache in Fassung des Antrages (Drucksache 1210/12) zur Abstimmung auf.

**abgelehnt Ja 14 Nein 19 Enthaltung 3 Befangen 0**

8.2.1.      **Änderungsantrag der Fraktion CDU zur DS 0975/12 - Beschleunigung der Ausschreibungsverfahren**      1210/12

**abgelehnt**

8.3.      **Feststellung des Jahresabschlusses 2011 des Eigenbetriebes Thüringer Zoopark Erfurt**      1037/12  
**Einr.: Oberbürgermeister**

Es wurde bekannt gegeben, dass es eine gemeinsame Sitzung des Werkausschusses Thüringer Zoopark mit dem Kulturausschuss am 18.10.2012 gab.

In dieser hat der Werkausschuss Thüringer Zoopark die Drucksache bestätigt (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Der Kulturausschuss hat die Drucksache in dieser ebenfalls bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Wortmeldungen gab es nicht. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

**beschlossen Ja 33 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0**

01

Der mit einer Bilanzsumme von 14.928.158,02 Euro und einem Jahresergebnis von 140.670,46 Euro ausgewiesene Jahresabschluss 2011 des Thüringer Zooparks Erfurt, der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsmerk des Wirtschaftsprüfungsunternehmens MSC Schwarzer Albus versehen ist, wird gemäß § 25 Thüringer Eigenbetriebsverordnung festgestellt.

02

Das Jahresergebnis in Höhe von 140.670,46 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen und mit den Verlustvorträgen aus Vorjahren verrechnet.

03

Für das Wirtschaftsjahr 2011 wird dem Werkleiter Herrn Dr. Kölpin Entlastung erteilt.

04

Als Abschlussprüfer für den Jahresabschluss 2012, einschließlich der Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz, wird die MSC Schwarzer Albus GmbH bestellt. Der Prüfauftrag ist durch die Werkleitung auszulösen. Der Prüfbericht zum Jahresabschluss 2012 ist spätestens bis Ende 04/2013 dem Oberbürgermeister zu übergeben und auch in elektronischer Form zur Verfügung zu stellen.

05

Gemäß § 25 (4) Thüringer Eigenbetriebsverordnung ist neben den Beschlüssen über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung auch der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers wiederzugeben. Darüber hinaus sind der Jahresabschluss sowie der Lagebericht an sieben Tagen öffentlich auszulegen. In der Veröffentlichung ist auf die Auslegung hinzuweisen.

#### **8.4. Erweiterung des Schulstandortes Waldorfschule Einr.: Fraktion CDU**

**1075/12**

Es wurde bekannt gegeben, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vorliegt.

Die Drucksache wurde in den Ausschüssen:

- Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 19.09.2012
- Bau- und Verkehrsausschuss am 11.10.2012
- Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt am 11.09.2012
- Sitzung des Stadtrates am 26.09.2012

vertagt bzw. in den Ausschüssen

- Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile am 11.09.2012
- Ausschuss für Bildung und Sport am 12.09.2012

zur Kenntnis genommen.

Im Ortsteilrat Bischleben-Stedten wurde die Drucksache mit Änderungen bestätigt (Ja 5 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0)

1. Antrag des Ortsteilbürgermeisters Bischleben - Stedten (Drucksache 1370/12) zur DS 1075/12

## 2. Antrag des Ortsteilbürgermeisters Bischleben - Stedten (Drucksache 1730/12) zur DS 1712/12

Darüber hinaus liegt ein Antrag der Fraktion CDU mit Drucksache 1712/12 vor.

Die Drucksache 1075/12 wurde durch die Fraktion CDU hinsichtlich des Beschlusstextes insgesamt durch die Drucksache 1712/12 ersetzt. Damit läuft der ursprüngliche Antrag des Ortsteilbürgermeisters Bischleben-Stedten 1370/12 inhaltlich ins Leere. Zur Abstimmung kann folglich nur der Antrag des Ortsteilbürgermeisters Bischleben-Stedten Drucksache 1730/12 kommen.

Zu allen Anträgen liegt die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

Weiterhin liegt ein angekündigter Verweisungsantrag der Fraktion SPD in den Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben zur Haushaltsdiskussion 2013 vor.

Die Stadtratsvorsitzende eröffnete die Aussprache.

An der Diskussion beteiligten sich teilweise mehrfach:

- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, erläuterte die Intension des Antrages und sprach sich für die Erstellung eines B-Planes aus. Seiner Meinung nach sei ein vorläufiger B-Plan nicht das Richtige. Das Ziel, dass die Stadt Erfurt die Finanzierung des B-Planes übernimmt, ist nicht zu erreichen gewesen. Der Kompromiss, dass die Stadt und der Schulträger sich die entstehenden Kosten teilen, war laut der Stellungnahme der Verwaltung und den Aussagen in den Ausschüssen auch nicht durchsetzbar. Daraufhin erfolgten nochmals intensive Verhandlungen mit dem Schulträger. Nach weitgehender Prüfung sagte der Schulträger aus, die Kosten selbst zu übernehmen. Daher beantragte er in dem Antrag seiner Fraktion (Drucksache 1712/12) die Worte "... beteiligt sich hälftig an den Kosten ..." zu streichen und durch die Worte "... übernimmt die Kosten ..." zu ersetzen. Somit lautete der Satz im Antrag dann "Die freie Waldorfschule übernimmt die Kosten ...". Damit sei die Finanzierung geklärt und er bat um Zustimmung.
- Herr Metz, Fraktion SPD, kritisierte, dass der Stadtrat nicht rechtzeitig vor der Sitzung und von der Schulleitung selbst über den neuen Sachstand informiert wurde. Da die Finanzierung nun geklärt ist, geht es jetzt um das Bauen und um die Planung. Daher sollten die verantwortlichen Fachausschüsse nochmals die Möglichkeit haben darüber zu diskutieren, da es in den letzten Sitzungen der Ausschüsse vertagt wurde, da nicht klar war, ob die Finanzierung ermöglicht werden kann.
- Frau Prof. Dr. Aßmann, Vorsitzende der Fraktion Freie Wähler, sprach sich im Namen ihrer Fraktion für die Unterstützung des Antrages aus. Sie würden einer Verweisung in die Fachausschüsse zustimmen.
- Frau Hoyer, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, machte deutlich, dass ihrer Meinung nach freie Träger von Schulen unterstützt werden sollten und hielt es für angemessen, dass die Kosten zur Hälfte von der Stadt Erfurt übernom-

men werden sollten. Da gleiche Bedingungen wie für staatliche Schulen vorliegen sollten. Sie beantragte daraufhin eine separate Abstimmung, des Antrages für hälftige Kostenübernahme durch die Stadt Erfurt und der Änderung in volle Kostenübernahme durch den Schulträger.

- Herr Dr. Warweg, Fraktion SPD, verwies darauf, die momentane Haushaltsituation nicht außer Acht zu lassen. Dementsprechend sollte das Angebot des Schulträgers die Finanzierung selbst zu tragen angenommen werden. Der Stadtrat sollte nun nur noch den Auftrag für das weitere Vorgehen an die Verwaltung formulieren.
- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, schilderte nochmals den neuen vorliegenden Sachstand nach Beratungen mit dem Schulträger. Da die Termine für die Beratungen zum Haushalt 2013 nicht absehbar sind, ist die Änderung ihres Antrages bezüglich der Kostenübernahme durch den Schulträger selbst die derzeit einzige Lösung. Er bat um Zustimmung.
- Herr Dr. Warweg, ging auf die Aussagen seines Vorredners ein.
- Herr Metz, Fraktion SPD, nahm kurz Bezug zu den Aussagen von Herrn Panse und bat anschließend Herrn Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, um Erklärung "... wie eine rechtlich saubere, nicht anfechtbare Aufstellung eines solchen B-Planes geschieht ..." und ob dies heute mit einer solchen Vorlage vom Stadtrat getan werden kann.
- Frau Landherr, Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass nach dem jetzigen neuen Stand der B-Plan schon direkt vom Schulträger eingereicht werden könnte. Demzufolge sei der vorliegende Antrag der Fraktion CDU überflüssig.
- Herr Kallenbach, wies als Einreicher darauf hin, dass dieser Antrag als Auftrag an die Verwaltung zu verstehen sein soll und somit als Startschuss für die Einleitung des Verfahrens.
- Herr Spangenberg, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, machte deutlich, dass es das einfachste Verfahren an dieser Stelle sei, wenn der Vorhabensträger, die Waldorfschule, einen vorhabensbezogenen B-Plan einreichen würde. Dieser würde auch vom Planungsamt voll unterstützt werden. Der jetzige Antrag, der erst beschlossen werden muss, verkompliziert das Verfahren, da nach dem Beschluss zunächst ein städtebaulicher Vertrag zwischen der Stadt und dem Vorhabensträger über die Übernahme der Kosten abgeschlossen werden müsste.
- Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, sprach sich dafür aus in der heutigen Sitzung ein Signal zu setzen, um dem Träger die Unterstützung des Stadtrates für das Vorhaben zu verdeutlichen.
- Herr Kallenbach, Fraktion CDU, nahm Bezug zu den Aussagen von Herrn Spangenberg und fügte hinzu, dass sich der Vorhabensträger bei einem vorhabensbezogenen B-Plan verpflichten muss, bestimmte Dinge in einer bestimmten Zeit abzuleisten. Dies sieht er problematisch, da der die Waldorfschule als freier Träger in der heutigen Situation keinen genauen Zeitplan abgeben kann. Daher enthalte ihr Antrag den Auftrag an die Verwaltung einen normalen B-Plan aufzustellen.
- Herr Börsch, Amtsleiter des Amtes für Stadtplanung und Stadtentwicklung, schlug vor, dass der Stadtrat die Verwaltung beauftragt mit dem Vorhabensträger die Gespräche durchzuführen, die notwendig sind, um das Planungsrecht herbeizuführen und weiterhin die entsprechenden Drucksachen den zuständigen Ausschüssen zeitnah vorzulegen.

- Herr Panse, hielt diesen Formulierungsvorschlag von Herrn Börsch für treffend und gelungen und schlug vor, über genau diesen abzustimmen.

Daraufhin stellte die Stadtratsvorsitzende zunächst fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorlagen und schloss die Aussprache. Zusammenfassend erklärte sie, dass die weitesten Anträge die Verweisungsanträge waren, welche hinfällig wären, wenn sich nun auf diesen sehr guten Formulierungsvorschlag geeinigt werden würde. Dagegen erhob sich kein Widerspruch. Somit würde im nun die Abstimmung über den Antrag des Ortsteilbürgermeisters Bischleben-Stedten (Drucksache 1730/12) erfolgen.

Herr Gillmann, Stadtratsreferent, stellte fest - in der Annahme, dass der Einreicher diesen Formulierungsvorschlag als Textvorschlag übernimmt und damit den Antrag (Drucksache 1712/12) ersetzt - das die Grundlage für den Antrag des Ortsteilbürgermeisters entfallen ist und eine Abstimmung über diesen somit hinfällig sei. Damit könne direkt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion CDU in Fassung des Formulierungsvorschlages von Herrn Börsch gekommen werden.

Herr Panse stimmte diesem Vorschlag zu. Seine Fraktion ziehe den Antrag zurück und ersetze ihn durch den Formulierungsvorschlag von Herrn Börsch.

Daraufhin gab Herr Metz zu Protokoll:

"Ich bitte darum, dass zum Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Bischleben-Stedten im Protokoll steht, dass die Belange des Änderungsantrages bei der Schaffung des Planungsrechtes Berücksichtigung finden sollen oder mit berücksichtigt werden sollen."

Die Stadtratsvorsitzende fasste nun erneut zusammen:

1. Die Verweisungsanträge sind erledigt.
2. Fraktion CDU zieht den Antrag zurück. Er wird ersetzt durch den Formulierungsvorschlag von Herrn Börsch.

Demzufolge wurde Herr Börsch gebeten, den Textvorschlag nochmals zu wiederholen.

Herr Börsch wiederholte: "... sinngemäß ... Die Verwaltung wird beauftragt, dem Vorhabens-träger alle Schritte und Maßnahmen herbeizuführen, die zur Erlangung des Planungsrechts für die Erweiterung des Schulstandortes der Waldorfschule in Bischleben-Stedten erforderlich sind. Dies denke ich wäre der erste Punkt. Der zweite Punkt wäre die Frage der Kostentragung - diese müssen wir hier nicht unbedingt regeln. ... und dass sie uns vielleicht gleich ermächtigen, den städtebaulichen vertrag zur Übernahme der Kosten abzuschließen. Dann würde es wesentlich schneller gehen. ..."

Zu diesem Textvorschlag von Herrn Börsch erhob sich kein Widerspruch. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über diese Formulierung, welche den ursprünglichen Antrag der Fraktion CDU (Drucksache 1712/12) ersetzt, abstimmen.

**mit Änderungen beschlossen Ja 35 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

01

Die Verwaltung wird beauftragt mit dem Vorhabenträger alle Schritte und Maßnahmen herbeizuführen, die zur Erlangung des Planungsrechts für die Erweiterung des Schulstandortes der Waldorfschule in Bischleben-Stedten erforderlich sind.

02

Die Verwaltung wird ermächtigt den städtebaulichen Vertrag zur Übernahme der Kosten abzuschließen.

Im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt fand die Pause statt.

- 8.4.1.      **Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Bischleben - 1370/12**  
**Stedten zur DS 1075/12 - Erweiterung des Schulstandortes Waldorfschule**

**Erledigt wegen Annahme Änderungsantrag**

- 8.4.2.      **Änderungsantrag der Fraktion CDU zur DS 1075/12 - Er- 1712/12**  
**weiterung des Schulstandortes Waldorfschule**

**Erledigt wegen Annahme Änderungsantrag**

- 8.4.2.1.    **Änderungsantrag des Ortsteilbürgermeisters Bischleben - 1730/12**  
**Stedten zur DS 1712/12 - Änderungsantrag der Fraktion**  
**CDU zur DS 1075/12 - Erweiterung des Schulstandortes**  
**Waldorfschule**

**Erledigt wegen Annahme Änderungsantrag**

- 8.5.        **Moderne barrierefreie Informations- und Kommunikati- 1137/12**  
**onsplattform in Erfurt**  
**Einr.: Fraktion DIE LINKE.**

Es wurde bekannt gegeben, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vorliegt.

Der Stadtrat hat die Drucksache in seiner Sitzung am 27.06.2012 in den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Der Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung hat die Drucksache in seiner Sitzung am 10.10.2012 mit Änderungen bestätigt (Ja 6 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0)  
Die Änderungen sind fett dargestellt:

I. Der Stadtrat möge beschließen,

1. **Nach Maßgabe des Haushaltes 2013 sind** in Umsetzung der UN-Behindertenkonvention Voraussetzungen zu schaffen, die Stadtratssitzungen und deren Live-Übertragungen durch den Einsatz von Gebärdendolmetschern zu übersetzen.

2. **Im Rahmen des Universal-Design-Konzeptes Erfurt 2.0 sind** alle Dokumente des Stadtrates barrierefrei zu verfassen.

Die Beschlusspunkte II und III bleiben unverändert.

Der Hauptausschuss hat zu der Drucksache in seiner Sitzung am 06.11.2012 kein Votum abgegeben.

Die Nachfragen zur Drucksache 1137/12 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 10.10.2012 wurden mit Drucksache 2034/12 beantwortet. Die Beantwortung liegt den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

Es liegt ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 2186/12 vor.

Zu diesem hat der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 06.11.2012 ebenfalls kein Votum abgegeben.

An der Diskussion beteiligten sich teilweise mehrfach:

- Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., zeigte sich zufrieden mit den Antworten der Verwaltung zu den Nachfragen zur Drucksache 1137/12 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung. Sie sprach sich für die Umsetzung dessen aus, dann habe Erfurt auch eine Vorreiterrolle gegenüber anderen Gemeinden. Den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hielt sie nicht für sinnvoll, da ihrer Meinung nach nicht erst eine Anmeldung erfolgen, sondern diese Leistung für Menschen mit Behinderung generell gegeben sein sollte. Sie bat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag zurückzuziehen, da er ihrer Meinung nach nicht zielführend sei. Zudem dankte sie der Verwaltung für die Aufstellung des Universal-Design-Konzeptes Erfurt 2.0 und warb um Zustimmung für dieses.
- Frau Schuster, Fraktion FDP, sprach sich im Namen ihrer Fraktion für die Unterstützung des Antrages aus. Dies sei damit ein erster Schritt für Gebärdendolmetscher bis hin zur leichten Sprache.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte die Intension des Antrages seiner Fraktion. Generell unterstütze er das Vorhaben, jedoch dürfe man die momentane finanzielle Situation nicht außer Acht lassen. Zudem sah er keinen Grund den Antrag zurückzunehmen und warb zugleich um Zustimmung dessen.
- Frau Stange nahm direkt Bezug zu den Aussagen ihres Vorredners.
- Herr Prof. Dr. Thumfart schilderte seine Bedenken.

- Herr Pfistner, Fraktion CDU, sprach sich im Namen seiner Fraktion für die Zustimmung zum Antrag in Fassung des Ausschusses Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung aus. Die Formulierung der Stadtratsvorlagen in einfacher Sprache hielt er für sehr wichtig. Weiterhin werde seine Fraktion den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen, da somit ein Gebärdendolmester beauftragt werden kann, wenn auch der Bedarf da ist.
- Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, erläuterte ihre Ansicht zur Thematik und nahm Bezug zu ihren Vorrednern. Auch sie hält die einfache Sprache in Vorlagen für essentiell wichtig. In ihren Ausführungen verwies sie darauf, dass in Deutschland vor allem das zivile Antidiskriminierungsgesetz fehlt. Es solle nicht erst darauf gewartet werden, bis der Bedarf da ist und eventuell dieses Recht eingeklagt werden kann. Besonders eine Nachvollziehung der Stadtratssitzungen im Internet solle für alle Menschen gegeben sein. Damit sei die Änderung ("nach Maßgabe des Haushaltes 2013") der Vorlage, wie sie im Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung bestätigt wurde, eine gute Grundlage.
- Herr Pfistner, Fraktion CDU, hielt eine Abstimmung im Vorfeld, ob der Bedarf bestehe, mit den jeweiligen Vereinen für sinnvoller.
- Frau Thierbach, fand den Vorschlag ihres Vorredners auch nach Maßgabe des Haushaltes in Ordnung. Zudem verwies sie auf die Möglichkeiten der Gebärdensprache.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gab zu Bedenken, warum dieses Recht - was ein Menschenrecht ist - an die Maßgabe des Haushaltes geknüpft wird. Nach dem Antrag seiner Fraktion wird es lediglich an den Bedarf und nicht an den Haushalt geknüpft.
- Herr Metz, Fraktion SPD, nahm Bezug zu den Aussagen von Frau Thierbach und fragte sie, ob es nicht die Möglichkeit gäbe Personal innerhalb der Stadtverwaltung als Gebärdendolmetscher auszubilden, da es ja nicht nur in Stadtratsitzungen notwendig wäre sondern in allen Bereichen des Bürgerservices.
- Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., machte Ausführungen bezüglich der Ausbildung von Gebärdendolmetschern.
- Herr Pfistner, Fraktion CDU, stellte an Frau Thierbach die Nachfrage wie die Umsetzung und die Übertragung durch die Medien ablaufen sollen.
- Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, erläuterte darauf, dass es verschiedene Möglichkeiten der Darstellung in den Medien gibt und dessen technische Umsetzung dann geklärt werden muss. Die Mittel und die Hilfsmittel sind sehr unterschiedlich und das neue Programm gibt die Möglichkeit dies zu ermöglichen, jedoch nach Maßgabe des Haushaltes.
- Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gab abschließend zu Protokoll: "... um die Zahl der Missverständnisse zu reduzieren, ziehen wir unseren Antrag zurück."

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Damit schloss die Stadtratsvorsitzende die Aussprache. Da der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurückgezogen wurde, ließ sie über die Drucksache in Fassung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung abstimmen.

mit Änderungen beschlossen Ja 35 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

01

Der Stadtrat möge beschließen,

1. Nach Maßgabe des Haushaltes 2013 sind in Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention Voraussetzungen zu schaffen, die Stadtratssitzungen und deren Live-Übertragungen durch den Einsatz von Gebärdendolmetschern zu übersetzen;
2. Im Rahmen des Universal-Design-Konzeptes Erfurt 2.0 sind alle Dokumente des Stadtrates Erfurt barrierefrei zu verfassen.

02

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert,

zeitnah die Internetpräsenz der Stadtverwaltung so zu gestalten, dass diese den Anforderungen einer modernen barrierefreien Informations- und Kommunikationsplattform genügt. Dazu gehört beispielsweise das Verfassen in Brailleschrift oder in leichter Sprache, d.h. als grammatikalisch einfache Sprache für Blinde und Sehbehinderte, aber auch geistig behinderte Menschen.

03

In die Beratung der Vorlage sollte der Behindertenbeirat der Stadt Erfurt einbezogen werden.

<b>8.5.1.</b>	<b>Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Drucksache 1137/12 - Moderne barrierefreie Informations- und Kommunikationsplattform in Erfurt</b>	<b>2186/12</b>
---------------	---	----------------

**zurückgezogen**

<b>8.5.2.</b>	<b>Nachfragen aus der Sitzung SAG vom 10.10.2012 - Moderne barrierefreie Informations- und Kommunikationsplattform in Erfurt DS 1137/12</b>	<b>2034/12</b>
---------------	---	----------------

**zur Kenntnis genommen**

<b>8.6.</b>	<b>Solardachkataster der Stadt Erfurt Einr.: Fraktion FDP</b>	<b>1196/12</b>
-------------	---	----------------

Es wurde bekannt gegeben, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vorliegt.

Der Stadtrat hat die Drucksache in seiner Sitzung am 18.07.2012 vertagt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Drucksache in seiner Sitzung am 11.09.2012 zurückgezogen.

Zudem liegt ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 1310/12 vor.

Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

Dieser wurde ebenfalls in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 11.09.2012 zurückgezogen.

Weiterhin liegt ein Antrag der Fraktion FDP mit Drucksache 2187/12 vor.

Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

Herr Kemmerich, Vorsitzender der Fraktion FDP, erläuterte die Änderung im Antrag seiner Fraktion (Drucksache 2187/12). Mit diesem wollen sie einen genauen Termin setzen, welcher der 31.12.2012 sein soll.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Die Stadtratsvorsitzende verwies auf den Abstimmungsvorschlag, nach welchem zuerst über den Antrag der Fraktion SPD (Drucksache 1310/12) und bei Ablehnung dessen anschließend über die Drucksache in Fassung des Antrages der Fraktion FDP (Drucksache 2187/12) abgestimmt werden soll.

Damit rief sie zunächst den Antrag der Fraktion SPD (Drucksache 1310/12) zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	15
Enthaltung:	2

Somit bestätigt.

Damit wurde dieser Antrag beschlossen.

**Erledigt wegen Annahme Änderungsantrag**

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die zeitnahe Veröffentlichung des Solarkatasters, bei positiver Bewertung durch den Landesbeauftragten für Datenschutz, zu gewährleisten.

**8.6.1. Änderungsantrag der Fraktion SPD zur DS 1196/12 - Solardachkataster der Stadt Erfurt 1310/12**

**beschlossen Ja 19 Nein 15 Enthaltung 2 Befangen 0**



**8.8. Entscheidung zum Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens; Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan ANV642 "Pflegeheim - Magdeburger Allee 59"  
Einr.: Oberbürgermeister**

1321/12

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass zu dieser Drucksache eine Stellungnahme des Seniorenbeirates vorliegt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Drucksache in seiner Sitzung am 16.10.2012 bestätigt (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Herr Dr. Duddek, Fraktion DIE LINKE., begrüßte im Namen seiner Fraktion den vorliegenden Antrag. Weiterhin wies er auf die Aussage hin, welche im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt bezüglich den Parkplätzen, die auf dem Gelände des Pflegeheims vorgesehen sind und ebenerdig angeordnet werden sollen, getroffen worden ist. Dazu gab er im Namen seiner Fraktion zu Protokoll, dass sie die Parkplätze "bitte nicht ebenerdig angeordnet haben wollen, sondern dass es am besten unterirdisch sein sollte".

Weitere Wortmeldungen gab es nicht. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

**beschlossen Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

01

Dem Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens nach § 12 Abs. 2 BauGB vom 26.06.2012, für das Vorhaben „Pflegeheim Magdeburger Allee 59“ wird gemäß § 12 Abs. 2 Satz 1 BauGB nach pflichtgemäßem Ermessen zugestimmt. Das Bebauungsplanverfahren soll für den in der Anlage 1 dargestellten Bereich eingeleitet werden.

02

Für den Bereich in der Andreasvorstadt, nördlich des Storchmühlenweges, westlich der Magdeburger Allee und südlich des Papiermühlenweges soll gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB i. V. m. § 13 a Abs. 1 BauGB der vorhabenbezogene Bebauungsplan ANV642 „Pflegeheim Magdeburger Allee 59“ aufgestellt werden.

Mit dem Bebauungsplan werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung eines Pflegeheimes mit im Blockinnenbereich zu errichtenden Gebäudeteilen
- Bewältigung der Konflikte zwischen den aus dem Pflegeheim resultierenden Nebennutzungen und den umliegenden schutzwürdigen Wohnnutzungen
- Verbesserung des Wohnumfeldes im Blockinnenbereich durch angemessene Gestaltung der Freiflächen

03

Die Vorhabensbeschreibung (Anlage 4) in der Fassung vom 26.06.2012 werden als Grundlage des Bebauungsplanes ANV642 "Pflegeheim Magdeburger Allee 59" unter Maßgabe der vorgenannten im Weiteren zu beachtenden Planungsziele grundsätzlich gebilligt.

04

Der Bebauungsplan wird als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

Auf die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wird gemäß § 13a Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 i. V. m. § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB verzichtet.

05

Der Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB ortsüblich im Amtsblatt der Landeshauptstadt Erfurt bekannt zu machen.

Gemäß § 13a Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 BauGB ist in der Bekanntmachung darauf hinzuweisen, wo sich die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten kann und dass sich die Öffentlichkeit innerhalb einer bestimmten Frist zur Planung äußern kann.

06

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Antragsteller (Vorhabenträger) den erforderlichen Durchführungsvertrag gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 BauGB zur Vorbereitung und Durchführung dieses Bebauungsplanverfahrens abzuschließen.

Hinweis:

Die Anlagen des Beschlusses werden der Niederschrift als Anlage 1 a-b beigelegt.

**8.9. Stellplatzbeschränkungssatzung "Petersberg"- Satzungs- 1421/12  
beschluss  
Einr.: Oberbürgermeister**

Es wurde bekannt gegeben, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Drucksache in seiner Sitzung am 16.10.2012 bestätigt hat (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0).

Zudem liegt ein Verweisungsantrag der Fraktion CDU in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt und in den Bau- und Verkehrsausschuss vor.

Wortmeldungen gab es nicht. Somit wurde zunächst über den Verweisungsantrag der Fraktion CDU abgestimmt.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10  
Nein-Stimmen: 25  
Enthaltungen: 1

Damit wurde die Verweisung abgelehnt.

Daraufhin rief die Stadtratsvorsitzende die Drucksache zu Abstimmung auf.

**beschlossen Ja 26 Nein 8 Enthaltung 2 Befangen 0**

01

Aufgrund der §§ 19 Abs. 1 Satz 1, § 2 Abs. 1 und 2 und 21 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung - ThürKO), der §§ 2, 49 und 83 Abs. 1 Nr. 7 Thüring-er Bauordnung (ThürBO) beschließt der Stadtrat Erfurt die Stellplatzbeschränkungssatzung "Petersberg" bestehend aus dem Satzungstext in der Fassung vom 03.08.2012 (Anlage 2) und der Karte mit Geltungsbereich, M 1:2000 (Anlage 3), als Satzung.

02

Die Begründung (Anlage 4) zur Stellplatzbeschränkungssatzung "Petersberg" wird gebilligt.

Hinweis:

Die Anlagen des Beschlusses werden der Niederschrift als Anlage 2 a-c beigelegt.

**8.10. Angermuseum Erfurt - Schenkungsangebot Ikonen - 1513/12**  
**Sammlung Pohlen**  
**Einr.: Oberbürgermeister**

Es wurde bekannt gegeben, dass der Kulturausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 18.10.2012 bestätigt hat (Ja 6 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0).

Da keine Wortmeldungen vorlagen, ließ die Stadtratsvorsitzende sogleich über die Drucksache abstimmen.

**beschlossen Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

01

Die Annahme der Schenkung entsprechend der in der Anlage befindlichen Objekt-Liste wird vom Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt beschlossen.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Schenkungsvertrag abzuschließen.

**8.11. Teilnahme am Programm European Energy Award  
Einr.: Oberbürgermeister**

1523/12

Folgende Voten wurden bekannt gegeben:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat die Drucksache in seiner Sitzung am 16.10.2012 bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0).

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben hat die Drucksache in seiner Sitzung am 24.10.2012 vertagt (Ja 8 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0).

(Vertagung bis zur Haushaltsberatung 2013)

Zudem gab es als Tischvorlage einen Antrag der Fraktion SPD, welcher die Drucksache 1523/12 um einen Beschlusspunkt 04 ergänzt.

Dieser Beschlusspunkt 04 lautet:

Nach Ablauf der Förderperiode ist die Drucksache dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben erneut vorzulegen.

Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende zunächst den Antrag der Fraktion SPD, welcher die Drucksache 1523/12 ergänzt, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	3
Enthaltung:	2

Damit bestätigt.

Daraufhin wurde die Drucksache in geänderter Form, das heißt inkl. dem Beschlusspunkt 04, abgestimmt.

**mit Änderungen beschlossen Ja 30 Nein 5 Enthaltung 1 Befangen 0**

01

Die Landeshauptstadt Erfurt nimmt am Programm European Energy Award (eea) vorbehaltlich der haushalterischen Voraussetzungen teil und führt damit das europäische Zertifizierungs- und Qualitätsmanagementsystem für eine prozessorientierte nachhaltige kommunale Klimaschutz- und Energiepolitik ein.

02

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Förderung über die Richtlinie zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung in Thüringen beim Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz zu beantragen.

03

Die Teilnahme am Programm European Energy Award erfolgt nur, falls es gelingt, die Förderung bis zur Erstzertifizierung entsprechend Punkt 02 zu erhalten.

04

Nach Ablauf der Förderperiode ist die Drucksache dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben erneut vorzulegen.

**8.12. 3. Nachtragshaushaltssatzung 2012 und 3. Nachtrags- 1700/12  
haushaltsplan 2012  
Einr.: Oberbürgermeister**

Es wurde bekannt gegeben, dass alle am Beratungsverfahren beteiligten Ortsteile die Drucksache zur Kenntnis genommen haben, außer

Ortsteilrat Melchendorf 11.10.2012  
abgelehnt Ja 0 Nein 3 Enthaltung 1 Befangen 0

Ortsteilrat Egstedt 15.10.2012  
abgelehnt Ja 0 Nein 4 Enthaltung 0 Befangen 0

Jugendhilfeausschuss 11.10.2012  
kein Votum

Es liegt ein Antrag der Ortsteilbürgermeisterin von Egstedt mit Drucksache 2029/12 vor. Die Stellungnahme der Verwaltung liegt den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

Dieser wurde in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 24.10.2012 abgelehnt.

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben hat die Drucksache in seiner Sitzung am 24.10.2012 bestätigt (Ja 7 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0).

Die Beantwortung zu den Fragen von Mitgliedern liegt in der Drucksache 2012/12 vor.

Zudem gab es einen Antrag der Fraktion SPD als Tischvorlage, der die Drucksache 1700/12 ergänzt mit folgendem Inhalt:

Tourismus und Marketing GmbH

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende Beschlüsse umzusetzen:

(1) Der Zuschuss von 212.000 € für die Tourismus und Marketing GmbH wird um 26 % auf 156.880 € gekürzt. Die zur zukünftigen Ausstattung der Gesellschaft notwendigen Mittel

in Höhe von 900.000 € p.a. sind zukünftig und in der Mittelfristplanung ebenfalls um 26 % auf 666.000 € zu reduzieren.

(2) Durch die Geschäftsführung der ETMG ist in der Dezembersitzung 2012 dem Stadtrat ein Konzept zur Strategie der TM GmbH, zur Erschließung neuer Geschäftsfelder und zur Verbesserung des Finanz-Controllings des Unternehmens vorzustellen.

Begründung:

Die Stadt ist nur zu 74 % an der Gesellschaft beteiligt. Der Mitgesellschafter soll sich zukünftig aktiv an der Finanzierung beteiligen, da die Stadt sich nur noch in Höhe Ihrer eigenen Beteiligungsquote an der finanziellen Ausstattung der Gesellschaft beteiligen kann.

An der Diskussion beteiligten sich teilweise mehrfach:

- Herr Kemmerich, Vorsitzender der Fraktion FDP, erläuterte seine Meinung und bat um Auskunft bezüglich des Vollzugs der Umwandlung einiger Planstellen von Angestelltenstellen in Beamtenstellen.
- Herr Metz, Fraktion SPD, ging auf die Gesamtstruktur des Nachtragshaushaltes ein mit dem Ergebnis das gespart werden müsse. Weiterhin widerspricht es sich, dass einerseits an Personal gespart werden müsse und andererseits der Stadtrat immer mehr Aufgaben an die Verwaltung stellt, die Personal und Geld kosten. Der Haushalt 2013 wird stark Einschnitte mit sich bringen. Zudem erläuterte er die Intension der Tischvorlage seiner Fraktion und ging auf den Zustand der Tourismus GmbH ein.
- Herr Huck, Fraktion CDU, stellte die Sichtweise seiner Fraktion zum 3. Nachtragshaushalt dar. Es seien viele Beschlüsse in der Richtung der freiwilligen Aufgaben gefasst worden, die finanzielle Lasten darstellen. Weitere Ausführungen erläuterte er zu den Positionen der Stadtwerke Erfurt und der KOWO. Seine Fraktion hielt die Proportionen des Ursprungshaushaltes für nicht stimmig und wird auch diesen Nachtragshaushalt ablehnen.
- Frau Landherr, Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass dieser Doppelhaushalt vor zwei Jahren vom Stadtrat beschlossen wurde und schon damals klar war, dass es Nachträge geben wird. Einige Sozialleistungen sind gestiegen und dies war nicht vorauszusehen.
- Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler, nahm Stellung zur vorliegenden Tischvorlage dem Haushaltsbegleitantrag der Fraktion SPD zur Tourismus und Marketing GmbH. Diesem Antrag könne seine Fraktion in dieser Form nicht zustimmen. Zudem fragte er die Geschäftsführerin der Tourismus GmbH, Frau Dr. Hildebrandt, welche Auswirkungen ein Beschluss dieses Antrages für ihr Unternehmen und dessen Zukunft habe. Daher beantragte er Frau Dr. Hildebrandt das Rederecht zu erteilen.
- Der Oberbürgermeister ging auf die Ausführungen seines Vorredners ein.

Die Stadtratsvorsitzende ließ damit zunächst über den Antrag zur Erteilung des Rederechtes für Frau Dr. Hildebrandt abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19  
Nein-Stimmen: 3  
Enthaltung: 14

Damit bestätigt.

Danach wurde zunächst der Reihenfolge der Rednerliste gefolgt. Es äußerten sich teilweise mehrfach:

Herr Kemmerich, Fraktion FDP  
Herr Metz, Fraktion SPD  
Herr Stampf, Fraktion Freie Wähler  
Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU  
Frau Stange, Fraktion DIE LINKE.

zum Zustandekommen des Nachtragshaushaltes, zur Situation der Tourismus und Marketing GmbH und dem vorliegenden Antrag der Fraktion SPD.

- Frau Hoyer, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nahm Stellung zum vorliegenden Antrag der Fraktion SPD und kritisierte die fehlende Möglichkeit einer Beratung über diesen in ihrer Fraktion. Sie hielt den Punkt 01 des Antrages in dieser Fassung für nicht tragbar und beantragte diesen auszusetzen bis eine endgültige Entscheidung vorliege. Eine Abarbeitung des Punktes 02 sei jedoch notwendig. Um diesen in den Fraktionen beraten und diskutieren zu können, schlug sie eine Auszeit am Ende der Debatte vor.
- Herr Prof. Dr. Merforth, Fraktion SPD, nahm Bezug zu den Aussagen seiner Vorrednerin.
- Herr Pfistner, Fraktion CDU, schilderte seine Sicht bezüglich des Antrages der Fraktion SPD. Seiner Meinung nach sollte erst der Gesellschaftervertrag geändert werden und dann sollte über die Finanzierungsgrundlage gesprochen werden.
- Herr Metz, bezog sich auf die Ausführungen seines Vorredners. Zudem stellte er nochmals deutlich klar, dass für seine Fraktion vor allem die Fakten wichtig seien um zu sehen, wo es die nächsten Jahre hin gehe.
- Herr Hilge, Leiter Beteiligungsmanagement, schilderte die derzeitige Finanzlage der Tourismus und Marketing GmbH und erklärte, dass die Gesellschaft mit der Zahlung des errechneten Betrages "bis zum Stichtag 31.12.2012 wieder im Fahrwasser" sei. Weiterhin ist für das Jahr 2013 mit der Gesellschaft ein Wirtschaftsplan aufgestellt worden. Dieser ist haarscharf an der finanziellen Grenze aber ermöglicht dennoch die weitere Existenz der Gesellschaft.
- Frau Dr. Hildebrandt, Geschäftsführerin der Tourismus und Marketing GmbH, stellte die Entwicklung der Gesellschaft über die letzten Jahre hinweg dar und schilderte den derzeitigen Sachstand. Sie wies darauf hin, dass wenn der vom Wirtschaftsprüfer errechnete Betrag nicht kommt, ist eine Überschuldung der Firma zum 31.12.2012 nicht auszuschließen.

Zu diesen Ausführungen von Frau Dr. Hildebrandt, meldeten sich  
Herr Metz, Fraktion SPD

Herr Prof. Dr. Thumfart, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Gloria, Fraktion SPD

Herr Schilder, Fraktion SPD

Herr Kallenbach, Fraktion CDU

Herr Pfistner, Fraktion CDU

zu Wort und nahmen Bezug zu diesen. Weiterhin wurden die wirtschaftlichen Probleme der Gesellschaft näher beleuchtet und die Aufgabe der Gesellschafter diskutiert. Zudem stellten mehrere Redner einen Geschäftsordnungsantrag für eine Auszeit, um die Möglichkeit innerhalb der jeweiligen Fraktion den Antrag der Fraktion SPD besprechen zu können, wahrzunehmen.

Frau Prof. Dr. Aßmann, Vorsitzende der Fraktion Freie Wähler, bat darum jegliche weitere Diskussion in den nicht öffentlichen Sitzungen abzuhalten.

Die Stadtratsvorsitzende schloss im Anschluss an diese Redebeiträge die Rednerliste und legte eine Auszeit für 15 Minuten fest.

Nach der Auszeit, verlas Frau Hoyer, Vorsitzende der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, einen gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Fraktion SPD (Tischvorlage). Dieser beinhaltet Folgendes:

Die im Nachtragshaushalt 2012 für die Tourismus und Marketing GmbH zusätzlich bereitgestellten Mittel in Höhe von 212.000 € werden gesperrt.

Die Sperre wird durch den Stadtrat aufgehoben, wenn die Geschäftsführung der Tourismus und Marketing GmbH bis zur Novembersitzung 2012 den Stadträten ein Konzept zur zukünftigen Strategie der Tourismus und Marketing GmbH vorlegt, das die Erschließung neuer Geschäftsfelder und eine Verbesserung des Finanz-Controllings des Unternehmens beinhaltet und der Mitgeschafter sich zu einem finanziellen Beitrag an der Ausstattung der Gesellschaft, der in einem angemessenen Verhältnis zu seiner Beteiligung steht, bzw. alternativ sich zur Aufgabe seiner Beteiligung, bereit erklärt.

Daraufhin stellte Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, einen Geschäftsordnungsantrag und beantragte eine kurze Auszeit, um sich mit seiner Fraktion über diesen neuen Antrag zu beraten.

Herr Pfistner, Fraktion CDU fragte nach, wie die Beteiligungsverwaltung aus ihrer Sicht den nun vorliegenden Antrag einschätzt und ob dieser umsetzbar wäre.

Herr Hilge, Leiter des Beteiligungsmanagements, erklärte dazu, wenn das Geld bereit gestellt wird, kann die Gesellschaft damit zunächst leben. Der aktuelle Zuschuss sei schon komplett ausgereicht um ein Liquiditätsproblem zu vermeiden, damit habe der Stadtrat angemessen Zeit zu reagieren.

Frau Dr. Hildebrandt, Geschäftsführerin der Tourismus und Marketing GmbH, bemerkte dazu, dass das Geld noch vor der Weihnachtspause benötigt wird um die Personalkosten abdecken zu können.

Nach diesem wurde der Geschäftsordnungsantrag umgesetzt und eine Auszeit von 10 Minuten von der Stadtratsvorsitzenden festgelegt.

Im Anschluss daran, stellte Herr Hutt, Fraktion CDU, folgende Nachfrage zum Antrag und gab diese zu Protokoll: "Ist der zweite Gesellschafter zu finanziellen Leistungen verpflichtet oder soll es sich hier um eine freiwillige finanzielle Leistung handeln?"

Daraufhin erklärte der Oberbürgermeister, dass der zweite Gesellschafter "formal nach dem bisherigen Gesellschaftervertrag nicht verpflichtet ist".

Daran fügte Herr Hutt die zweite Nachfrage an den Antragsteller: "Welche Folge hat es dann, wenn der Gesellschafter nicht bezahlt?"

Herr Metz, Fraktion SPD, antwortete im Namen der Antragsteller darauf: "Das werden wir dann diskutieren, wenn wir vor dieser Entscheidung stehen."

Herr Kemmerich, Vorsitzender der Fraktion FDP, bat um Beantwortung seiner am Beginn der Beratung gestellten Nachfragen bezüglich der Umwandlung von Angestelltenstellen in Beamtenstellen.

Frau Pablich, Beigeordnete für Finanzen und Liegenschaften, stellte dazu die notwendigen Zusammenhänge dar und erklärte den Vollzug solcher Umwandlungen. Weiterhin erläuterte sie das Zustandekommen des 3. Nachtragshaushaltes, ging dabei auf die Mehrausgaben ein und belegte diese mit Beispielen. Außerdem wies sie darauf hin, dass der Nachtragshaushalt genehmigungspflichtig ist und noch an das Landesverwaltungsamt nach Weimar gegeben werden muss. Sie bat daher um Zustimmung dessen, um eine Veröffentlichung noch in diesem Jahr zu ermöglichen.

Anschließend erläuterte der Oberbürgermeister ebenfalls die Notwendigkeit des 3. Nachtragshaushaltes. Zudem verwies er auf die Diskussionen, welche in den nächsten Wochen und Monaten intensiv und ehrlich zu den Themen Haushalt 2013, Einsparmaßnahmen und der Personalentwicklung geführt werden müssen. Nach diesen Beratungen solle es einen Haushalt geben, der trotzdem weitere Investitionen ermöglicht. Laut seiner Aussage sollen nach der Anhebung der Hebesätze im Januar 2013 die Steuersätze in den kommenden Jahren nicht mehr erhöht werden. Abschließend bat er nochmals um Zustimmung des 3. Nachtragshaushaltes.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit erläuterte die Stadtratsvorsitzende den Abstimmungsvorschlag. Zunächst werde über den Antrag der Ortsteilbürgermeisterin Egstedt (Drucksache 2029/12) abgestimmt. Nach diesem erfolgt die Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und anschließend über die Drucksache 1700/12.

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende zunächst über den Antrag der Ortsteilbürgermeisterin Egstedt (Drucksache 2029/12) abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 12  
Nein-Stimmen: 19  
Enthaltung: 5

Damit abgelehnt.

Daraufhin erfolgte die Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 24  
Nein-Stimmen: 10  
Enthaltung: 2

Damit bestätigt.

Folglich wurde über die Drucksache 1700/12 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 23  
Nein-Stimmen: 9  
Enthaltung: 4

Somit beschlossen.

Im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt rief die Stadtratsvorsitzende die Fraktionsvorsitzenden zusammen, um über den weiteren Ablauf der Stadtratsitzung zu beraten. Es wurde sich darauf geeinigt, dass die Sitzung des öffentlichen und nicht öffentlichen Teils zunächst bis etwa 23.15. Uhr weiter fortgeführt wird.

**mit Änderungen beschlossen Ja 23 Nein 9 Enthaltung 4 Befangen 0**

01

Die 3. Nachtragshaushaltssatzung und der 3. Nachtragshaushaltsplan 2012 mit den Bestandteilen und Anlagen werden beschlossen.

- Übersicht über die Beurteilung der dauernden Leistungsfähigkeit
- Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen
- Übersicht über den vorläufigen Stand der Schulden
- Übersicht über den vorläufigen Stand der Rücklagen
- die geänderten Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Entwässerungsbetrieb der Landeshauptstadt Erfurt, Thüringer Zoopark Erfurt und Erfurter Sportbetrieb und des wirtschaftlichen Unternehmen Erfurter Tourismus und Marketing GmbH

02

Der mit dem 3. Nachtragshaushalt 2012 geänderte Finanzplan sowie der geänderte Mehrjahresinvestitionsplan 2013 - 2015 werden beschlossen.

03

Die mit dem 3. Nachtragshaushalt 2012 geänderten Haushaltsgrundsätze werden beschlossen.

04

Die im 3. Nachtragshaushalt 2012 für die Tourismus und Marketing GmbH zusätzlich bereitgestellten Mittel in Höhe von 212.000 € werden gesperrt.

Die Sperre wird durch den Stadtrat aufgehoben, wenn die Geschäftsführung der Tourismus und Marketing GmbH bis zur Novembersitzung 2012 den Stadträten ein Konzept zur zukünftigen Strategie der Tourismus und Marketing GmbH vorlegt, das die Erschließung neuer Geschäftsfelder und eine Verbesserung des Finanz-Controllings des Unternehmens beinhaltet und der Mitgesellschafter sich zu einem finanziellen Beitrag an der Ausstattung der Gesellschaft, der in einem angemessenen Verhältnis zu seiner Beteiligung steht, bzw. alternativ sich zur Aufgabe seiner Beteiligung, bereit erklärt.

Hinweis:

Die 3. Nachtragshaushaltssatzung wird der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

<b>8.12.1.</b>	<b>Änderungsantrag der Ortsteilbürgermeisterin von Egstedt zur 3. Nachtragshaushaltssatzung 2012 und 3. Nachtragshaushaltsplan 2012</b>	<b>2029/12</b>
----------------	---	----------------

**abgelehnt Ja 12 Nein 19 Enthaltung 5 Befangen 0**

<b>8.12.2.</b>	<b>Nachfragen zur Drucksache 1700/12 - 3. Nachtragshaushaltssatzung 2012 und 3. Nachtragshaushaltsplan 2012</b>	<b>2012/12</b>
----------------	---	----------------

**zur Kenntnis genommen**

<b>8.13.</b>	<b>Grundstücksverkehr - öffentliche Ausschreibung von Grundstücken Einr.: Oberbürgermeister</b>	<b>1706/12</b>
--------------	---	----------------

Folgende Voten wurden bekannt gegeben:

Der Ortsteilrat Marbach hat die Drucksache in seiner Sitzung am 10.10.2012 abgelehnt (Ja 0 Nein 10 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ortsteilrat Vieselbach hat die Drucksache in seiner Sitzung am 11.10.2012 bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben hat die Drucksache in seiner Sitzung am 24.10.2012 mit Änderungen bestätigt (Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0)

Frau Pablich, Beigeordnete für Finanzen und Liegenschaften, schlug vor, um die Talstraße 8 und die Lindenallee 4 zeitnah verkaufen zu können, mit der Merseburger Straße eine eigene Drucksache zu machen.

Somit wurde die Drucksache, einvernehmlich mit der Verwaltung, um die Merseburger Straße reduziert und anschließend zur Abstimmung gestellt.

Da hierzu keine Wortmeldungen vorlagen, ließ die Stadtratsvorsitzende direkt über die Drucksache in Fassung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Vergaben abstimmen.

**mit Änderungen beschlossen Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

01

Der Stadtrat stimmt der öffentlichen Ausschreibung der in der Anlage 1 aufgeführten Grundstücke sowie der Veräußerung dieser Grundstücke mindestens zum Verkehrswert zu und erklärt die Belastungsvollmacht für noch aufzunehmende Grundschulden zur Finanzierung der Kaufpreise und der Investitionen für diese Grundstücke. Alternativ zur Veräußerung soll auch die Bestellung von Erbbaurechten mit einer Laufzeit von maximal 90 Jahren zu mindestens 4 % Erbbauzins möglich sein.

02

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die im Beschlusspunkt 01 genannten Festlegungen umzusetzen.

03

Der Beschluss des Stadtrates Nr. 247/00 lfd. Nr. 41 vom 20.12.2000 (Talstraße 8 - Verkauf nach § 19 InVorG) wird aufgehoben.

Hinweis:

Die Anlage des Beschlusses wird der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

**8.14. Neubesetzung eines Vertreters im Aufsichtsrat der TUS 1718/12**  
**Thüringer Umweltservice GmbH**  
**Einr.: Fraktion CDU**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Wortmeldungen lagen nicht vor. Somit wurde direkt über die Drucksache abgestimmt.

**beschlossen Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

01

Herr Stadtrat Andreas Huck wird auf eigenen Wunsch, aus gesundheitlichen Gründen, mit Wirkung zum 31. Dezember 2012 als Aufsichtsrat der TUS Thüringer Umweltservice GmbH

abberufen.

02

Herr Stadtrat Rowald Staufenbiel wird mit Wirkung zum 01. Januar 2013 in den Aufsichtsrat der TUS Thüringer Umweltservice GmbH entsandt.

03

Dem Aufsichtsrat der TUS Thüringer Umweltservice GmbH wird empfohlen, Herrn Rowald Staufenbiel als stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden zu wählen.

**8.15. Neubesetzung eines Vertreters für den Aufsichtsrat der SWE Stadtwirtschaft GmbH 1719/12**  
Einr.: Fraktion CDU

Es wurde bekannt gegeben, dass diese Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Da hierzu keine Wortmeldungen vorlagen, ließ die Stadtratsvorsitzende die Drucksache sogleich abstimmen.

**beschlossen Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

01

Herr Stadtrat Andreas Huck wird auf eigenen Wunsch, aus gesundheitlichen Gründen, mit Wirkung zum 31. Dezember 2012 als Aufsichtsrat der SWE Stadtwirtschaft GmbH abberufen.

02

Herr Stadtrat Rowald Staufenbiel wird mit Wirkung zum 01. Januar 2013 in den Aufsichtsrat der SWE Stadtwirtschaft GmbH entsandt.

**8.16. Verwaltungsgebühren für Ortsteilveranstaltungen reduzieren 1775/12**  
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Es wurde bekannt gegeben, dass zu dieser Drucksache ein Antrag der Fraktion Freie Wähler mit Drucksache 1866/12 vorliegt.

Weiterhin liegt ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 1976/12 vor.

Die Stellungnahme der Verwaltung zu allen Anträgen liegt den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vor.

Der Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile hat die Drucksache in seiner Sitzung am 16.10.2012 mit Änderungen bestätigt (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Die Abstimmung erfolgte über die Drucksache in Fassung der Änderungsanträge der Fraktionen Freie Wähler (Drucksache 1866/12) und SPD (Drucksache 1976/12) sowie der Terminänderung des 4. Punktes: "...spätestens im ~~November~~ Dezember zur Behandlung auf die Tagesordnung zu setzen."

Wortmeldungen gab es nicht. Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache in Fassung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile, das heißt inkl. der Anträge der Fraktionen Freie Wähler und SPD abstimmen.

**mit Änderungen beschlossen Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- innerhalb der Haushaltsberatungen 2013 und vor Beschlussfassung des entsprechenden Haushaltes dem Stadtrat Vorschläge für Veränderungen der Verwaltungsrichtlinie zu unterbreiten, die den Verwaltungskostenaufwand für Ortsteilveranstaltungen reduzieren; die haushalterischen Auswirkungen sind durch die Stadtverwaltung darzustellen.
- Dabei ist der Stand von 2011 zu avisieren bzw. wiederherzustellen;
- In diesem Zusammenhang legt der Oberbürgermeister eine Liste an Veranstaltungen vor, mit der Ortsteilveranstaltungen klar definiert und qualifiziert werden.
- Die Vorlage des Oberbürgermeisters ist in der Sitzung des Ausschusses OSO und den Sitzungen der Ortsteilräte spätestens im Dezember zur Behandlung auf die Tagesordnung zu setzen.

**8.16.1.      Ergänzungsantrag der Fraktion Freie Wähler zur DS                      1866/12  
1775/12 - Verwaltungsgebühren für Ortsteilveranstaltungen reduzieren**

**bestätigt**

**8.16.2.      Ergänzungsantrag der Fraktion SPD zur DS 1775/12 -                      1976/12  
Verwaltungsgebühren für Ortsteilveranstaltungen reduzieren**

**bestätigt**

**8.17.              Kreuzungsvereinbarung zwischen der DB Netz AG und                      1778/12  
der Landeshauptstadt Erfurt, Eisenbahnüberführung Geschwister-Scholl-Straße (TVA-Objekt-Nr. 66-1232)  
Einr.: Oberbürgermeister**

Es wurde bekannt gegeben, dass der Bau- und Verkehrsausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 11.10.2012 bestätigt hat (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen lagen nicht vor (siehe TOP 2). Somit wurde die Drucksache 1778/12 zur Abstimmung aufgerufen.

**beschlossen Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Kreuzungsvereinbarung zwischen der DB Netz AG und der Landeshauptstadt Erfurt für die Eisenbahnüberführung Geschwister-Scholl-Straße (TVA-Objekt-Nr. 66-1232) zu unterzeichnen.

**8.18. Kreuzungsvereinbarung zwischen der DB Netz AG und 1779/12  
der Landeshauptstadt Erfurt, Eisenbahnüberführung  
Heckerstieg (TVA-Objekt-Nr. 66-1187)  
Einr.: Oberbürgermeister**

Es wurde bekannt gegeben, dass der Bau- und Verkehrsausschuss die Drucksache in seiner Sitzung am 11.10.2012 bestätigt hat (Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0).

Wortmeldungen gab es nicht (siehe TOP 2). Somit wurde die Drucksache zur Abstimmung aufgerufen.

**beschlossen Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Kreuzungsvereinbarung zwischen der DB Netz AG und der Landeshauptstadt Erfurt für die Eisenbahnüberführung Heckerstieg (TVA-Objekt-Nr. 66-1187) zu unterzeichnen.

**8.19. Mandatswechsel sachkundige Bürgerin im Ausschuss für 1869/12  
Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Verga-  
ben  
Einr.: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Die Stadtratsvorsitzende gab bekannt, dass die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Da keine Wortmeldungen vorlagen, wurde die Drucksache direkt zur Abstimmung aufgerufen.

**beschlossen Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

Das Mandat sachkundige Bürgerin im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wird wie folgt geändert:

Alt: Frau Petra Hesse

Neu: Frau Petra Tely Büchner

8.20.           **Verstärkter (Wieder-)Aufbau von selbstkochenden Einrichtungen zur Bereitstellung von Mittagessen für Schul- und Kindergartenkinder - Prüfauftrag**           2039/12  
Einr.: Fraktion DIE LINKE.

Es wurde bekannt gegeben, dass die Stellungnahme der Verwaltung den Fraktionen und dem fraktionslosen Mitglied vorliegt.

Die Behandlung der Drucksache erfolgt ohne Vorberatung.

Es liegt ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Drucksache 2188/12 vor.

Weiterhin liegt ein Antrag der Fraktion SPD mit Drucksache 2189/12 vor.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., beantragte die Verweisung der Drucksache inkl. der Ergänzungsanträge der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, in den Ausschuss für Bildung und Sport sowie in den Jugendhilfeausschuss.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, verwies auf die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung, in welcher der Prüfauftrag des Einreichers bereits beantwortet und begründet und somit abgearbeitet wurde. Daher sei eine nochmalige Diskussion in den Ausschüssen nicht weiter zielführend.

Frau Prof. Dr. Aßmann, Vorsitzende der Fraktion Freie Wähler, schloss sich den Ausführungen ihres Vorredners an.

Herr Meier, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nahm Bezug zu den Aussagen seiner Vorredner.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte und beantragte nochmals die Verweisung in die jeweiligen Fachausschüsse.

Somit stellte die Stadtratsvorsitzende zunächst den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	10
Enthaltung:	1

Damit wurde dem Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte statt gegeben wurden.

Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, stellte daraufhin den Geschäftsordnungsantrag auf Unterbrechung der Sitzung für fünf Minuten.

Im Anschluss an die Auszeit gab Frau Prof. Dr. Aßmann eine persönliche Erklärung ab, in der sie betonte, dass auch sie dafür ist, dass es mehr regionale Anbieter geben soll aber auch beachtet werden soll, dass die Eltern und der Schulträger dafür verantwortlich sind und nicht der Stadtrat.

Weiteren Wortmeldungen konnte nicht statt gegeben werden, da dem Antrag auf Abbruch der Debatte mehrheitlich zugestimmt wurde.

Somit ließ die Stadtratsvorsitzende über die beantragte Verweisung in die jeweils nächsten regulären Sitzungen der Fachausschüsse abstimmen.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	9
Enthaltung:	2

Somit wurde die Drucksache inkl. der Ergänzungsanträge in den Ausschuss für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung, in den Ausschuss für Bildung und Sport sowie in den Jugendhilfeausschuss verwiesen.

Nach der Abstimmung gab Herr Panse, Vorsitzender der Fraktion CDU, folgende Erklärung zu seinem Abstimmverhalten ab:

"Die CDU Fraktion hat gegen diese Ausschussüberweisungen gestimmt, weil wir den Appell, den der Oberbürgermeister vor knapp einer halben Stunde an uns gerichtet hat 'die Verwaltung nicht über Gebühr zu strapazieren' durchaus Ernst genommen haben und wir der Auffassung sind, dass das was Frau Thierbach im Schweiß ihres Angesichts uns als Zuarbeit vorgelegt hat, diese Fragen schon ausreichend beantwortet. Dankeschön."

#### **Verwiesen in Ausschuss**

8.20.1.	Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Drucksache 2039/12 - Verstärkter (Wieder-)Aufbau von selbstkochenden Einrichtungen zur Bereitstellung von Mittagessen für Schul- und Kindergartenkinder - Prüfauftrag	2188/12
---------	---	---------

#### **Verwiesen in Ausschuss**

8.20.2.	Ergänzungsantrag der Fraktion SPD zur DS 2039/12 - Verstärkter (Wieder-)Aufbau von selbstkochenden Einrichtungen zur Bereitstellung von Mittagessen für Schul- und Kindergartenkinder - Prüfauftrag	2189/12
---------	---	---------

#### **Verwiesen in Ausschuss**

**8.21. Mandatswechsel einer sachkundigen Bürgerin im Ausschuss Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung 2104/12**  
**Eintr.: Fraktion CDU**

Es wurde bekannt gegeben, dass die Drucksache ohne Vorberatung behandelt wird.

Da keine Wortmeldungen vorlagen, ließ die Stadtratsvorsitzende über die Drucksache abstimmen.

**beschlossen Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

Als sachkundige Bürgerin im Ausschuss Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung wird

**neu:** Carmen Frey

**bisher:** Ingrid Scholz

benannt.

**9. Informationen**

Es lagen keine vor.

Daraufhin beendete die Stadtratsvorsitzende, Frau Pelke, die öffentliche Sitzung.

Pelke  
Stadtratsvorsitzende

  
Schriftführerin